

Zweites Blatt

Völkischer Anzeiger

No 48

Donnerstag, den 21. April 1932.

45. Jahrgang

Genf kommt nicht weiter

Die Genfer Beratungen der leitenden Staatsmänner scheinen nicht gerade unter einem glücklichen Stern zu stehen. Kaum hatten die persönlichen Besprechungen mit der Unterredung Brüning-Simion ihren Anfang genommen, da trat schon die erste Störung ein. Der amerikanische Staatssekretär wurde krank, und zwar anscheinend mitschuldig und nicht etwa nur diplomatisch, so daß er die Besprechungen mit den übrigen Staatsmännern erst am Dienstag fortsetzen konnte. Andererseits wird die Abwidlung der Genfer Ministerzukunft durch die Abwesenheit des französischen Ministerpräsidenten bedeutend erschwert. Sogar man die Verhandlungen ohne Tardieu fort, so kann man bei der Überempfindlichkeit der Franzosen zehn gegen eins wetten, daß die Pariser Presse sofort von einer bewußten Aufstellung Frankreichs über gar von einem Komplott gegen Frankreich phantasiert wird. Diesen Vorwurf wollen sich die Verhandlungspartner nicht auslegen und vermeiden deshalb zunächst auf Besprechungen zu mehreren und begnügen sich mit Einzelgesprächen. Andererseits macht Tardieu aber gar keine Anstalten, in den nächsten Tagen nach Genf zu kommen. Ursprünglich wurde er hier für Dienstagmorgen und dann für Mittwochabend erwartet, neuerdings soll er die Genfer Reise noch weiter hinausgeschoben haben. Als Entschädigung für die verspätete Ankunft hat Tardieu die bevorstehenden Kammerreden angefügt, doch dieser Grund ist kaum als stichtätig anzupreisen, denn die französischen Wahlen finden erst am 1. Mai statt, der französische Ministerpräsident hätte also keine Wahlkampagne ganz ruhig einige Tage unterbrechen können, zumal seine Anwesenheit bei den Besprechungen mit Simion und Brüning bisher viel wichtiger ist als eine Rede in der Kammer. Zudem ist der französische Ministerpräsident schon oft wegen viel unwichtiger Dinge im Flugzeug nach Genf gekommen.

Man kann sich aus allen diesen Gründen des Eindrucks nicht erwehren, daß Tardieu mit seinem Fernbleiben von Genf ganz bestimmte Absichten verfolgt. Die Vorgänge im Hauptsaal der Abrüstungskonferenz lassen diese Vermutung zweifellos berechtigt erscheinen. In diesen Tagen hat man in Genf endlich mit der praktischen Arbeit beginnen müssen, nachdem man sehrlang um das Thema herumgeredet hat. Jetzt sollte es sich entscheiden, in welcher Form die Abrüstung durchgeführt werden soll. Es handelt sich darum, ob das Ziel in einer einzigen Konferenz oder in Gruppen verwirklicht werden soll. Auf Veranlassung der Engländer entschied sich der Entschluß für die stufenweise Abrüstung, der auch die deutsche Abordnung ihre Zustimmung geben konnte, zumal in der Entscheidung zum Ausdruck gebracht wurde, daß in der ersten Klasse das Prinzip der allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen auf das mindestmögliche Maß bereits einschließenden Ausdruck finden soll. Damit hätte die Abrüstungskonferenz den ersten wirtschaftlichen Schritt von großer politischer Tragweite gesetzt.

Merkwürdigerweise kam dieser Beschluß im Sonderausschuß einstimmig und ohne große Schwierigkeiten zustande. Das mußte schon verdächtig klingen, denn bisher hat noch jedesmal die französische Delegation rechtzeitig eingegriffen, um ein positives Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen zu verzögern. Auch diesmal ließ der französische Gegenstand nicht aus. Zwar hatte sich die französische Abordnung selbst im Hintergrund gehalten, damit nicht das Diktum der Abrüstungsabgabe etwa auf das „friedliebende Frankreich“ fallen könnte, und hatte den rumänischen Vertreter als Wortführer vorgezogen, der den alten Vorbehalt wieder geltend machte, daß die geplante Herabsetzung der Rüstungen nur unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit durchgeführt werden darf. Damit war die praktische Bedeutung der Abrüstungsverpflichtung illusorisch gemacht. Frankreich hatte kein Ziel erreicht, ohne daß Tardieu sich selbst nach Genf bemüht hätte.

Auch die zweite große Frage, mit der sich die Staatsmänner in Genf befähigten wollen, wird durch die Abwesenheit Tardiens nicht ausfindig behandelt werden können. Die französische Regierung warf ganz genau, daß man in den angeführten Staaten von einer Wiederannäherung der Tributen zahlen um nichts wissen will. Gerade jetzt hat der ehemalige englische Außenminister Sir Rufus Chamberlain in „Beit Värlären“ einen Artikel zur Tributfrage veröffentlicht, in dem er die Gründe darlegt, weshalb Amerika und England die volle Streichung der Tributen wünschen. Chamberlain vertritt darin die richtige Auffassung, daß diese Zahlungen, die er und für sich unerschütterlich seien, die Welt in zwei Lager spalteten und den Handel derjenigen Länder zugrunde richteten, die diese Zahlungen erheben. In dieser Erkenntnis haben sich die Franzosen in ihrem

Schritt allerdings nicht durchdringen können. Sie gehören auf ihrem Schien und verlangen die Aufrechthaltung ihres „Reparationsanspruchs“. Deshalb geht auch Tardieu jeder ernstlichen Annäherung mit Simion und dem englischen Außenminister Simon aus dem Wege und legt seine Wahlweise durch die französischen Provingen fort, gerade als ob ihn die Genfer Ministerzukunft gar nichts angehe. Vielleicht rechnet er im Stillen sogar damit, daß die Staatsmänner in Genf schließlich die Gebuld verlieren und die Wiederbestand wieder verlassen, ohne sich über die weitere Entwicklung der Tributfrage schlüssig geworden zu sein. Es bleibt abzuwarten, ob man sich in Genf die richtigste Behandlung durch die Franzosen gefallen lassen wird.

Schließlich ist man auch in der Donaufrage bisher keinen Schritt vorwärts gekommen. Zwischen den vier Mächten sind jetzt erneut Verhandlungen über den endgültigen Zulassungserlaß der auf der Londoner Konferenz und vom Völkerverbund beschlossenen Sachverhältnisse zur Behandlung der Donaufrage im Gange. Auf englischer Seite wird ein Zulassungserlaß der Sachverhältnisse, die am 23. April ihre Arbeiten aufnehmen sollen, in Zugang gemacht, während des Völkerverbundssekretariats und die übrigen Mächte die Abhaltung in Genf für zweckmäßiger halten. Man nimmt an, daß sich die Sachverhältnisse in erster Linie mit rein finanzpolitischen Fragen, insbesondere mit den internationalen Garantien der Anleihen für die Donaufträge befassen, daß jedoch die wirtschaftlichen Unterredungen in Genf weiter geführt werden. Von einer wirklichen Lösung der Donaufgabe sind wir demnach noch weit entfernt.

Ausdehnung des Kreugerpatents

Der Londoner „Evening Standard“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Unterhandlung der Kreuger-Angelegenheit wahrscheinlich noch aufsehenerregende Enthüllungen über den Mißbrauch der Streichholzmonepoly-Kreugers mit verhängenden Staaten bringen werde. Es handelt sich dabei um Debitverpflichtungen Kreugers an einflussreiche Privatpersonen, die im Hinblick der Monopolrechte in den betreffenden Staaten legitimiert haben sollen. Die Abendpresse bringt eine Meldung, wonach der frühere König von Spanien kategorisch erklärt, seine Finanzbeziehungen zu Don Kreuger gehabt zu haben. Die Meldung von „Socialdemokraten“, daß in Kreugers Geldwert eine von König Alfons unterschrieben Quittung über fünf Millionen Belesen gefunden worden sei, hat femer die amtliche Befragung gefunden.

Halte Morgans Verdacht geschöpft? Die schwedischen Zeitungen berichten in großer Aufmachung aus London, daß die Morgangruppe schon vor einiger Zeit die lahmende Stellung des Kreuger-Konzerns kannte und wegen Kursverlustes einen Schadenertag in Höhe von 10 Millionen Dollar forderte, da Kreuger nicht imstande war, den vertraglich festgelegten Aktienkauf von 600 000 L. M. Eriks-Ottien mit 400 000 International Telefon-Aktien durchzuführen.

Nach derselben Londoner Meldung wollte Morgans die Adresse Kreugers aus Neugierde verwechseln und unterrichtete sogar die Polizeibehörden über den betrügerische Aktion von Kreuger.

Schließlich dürfte es die, die notwendigen Geldmittel auszubringen. Das Bankhaus De Sigsmond u. Co war jedoch inzwischen lo militärisch geworden, daß man Direktor Durant mit Kreuger nach Europa schickte, um an der Pariser Konferenz teilzunehmen. Vor dieser Konferenz nahm Kreuger sich bekanntlich das Leben.

Italien hatte Kreugers Angebot abgelehnt. Anlich wird zu den Rüstungen mitgeteilt, daß Kreuger Ende 1930 der italienischen Regierung mittelbare Verbindungen für eine gegen ein Streichholzmonepoly zu gewöhnliche Anleihe gemacht habe. Die italienische Regierung habe dieses Angebot jedoch scharf abgelehnt. Zwischen der italienischen Regierung und Kreuger hätten keine geschäftlichen Beziehungen bestanden.

Die französischen Kreuger-Verluste. Der „Antragsentwurf“ befaßt sich mit der Frage der Rückwirkungen des Kreuger-Krachs auf Frankreich. Die besonders in der ausländischen Presse verbreiteten Gerichte über die Verpflichtungen des Kreuger-Konzerns gegenüber französischen Banken seien außerordentlich übertrieben. Die Gesamtsumme der Verpflichtungen könne auf etwa 500 Millionen Franken geschätzt werden. Etwa die Hälfte dieses Betrages müsse als verloren gelten.

Apell Mellons an Europa

Schuldenregelung erst nach der Lösung der Tribut- und der Abrüstungsfrage.

— London, 19. April.
Der neue amerikanische Botschafter in London Mellon hat, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erfährt, in Unterredungen mit führenden Männern Englands keinen Anreiz darüber gesehen, daß es zwecklos, wenn nicht gar überhaupt verhängnisvoll für die europäischen Schuldner Amerikas wäre, in diesem Augenblick die Frage einer Schuldenerleichterung aufzuwerfen. Die amerikanische öffentliche Meinung lie noch zu sehr mit dem wirtschaftlichen Niedergang und der Erhöhung der Steuern befaßt, als daß sie mit Gleichmut oder etwa gar mit lebhaftem Interesse eine derartige Erörterung aufnehmen könnte.

Wie sich Mellons solange gänzlich ablehnend verhalten, die Europa die Reparationsfrage selbst nach geübten und wirtschaftlichen Möglichkeiten geregelt und keine Realisierbarkeit gezeigt habe, hinsichtlich der Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen praktische Maßnahmen zu ergreifen. Es sei daher nicht damit zu rechnen, daß Simion während seines Aufenthalts in Europa die Revision der Schuldenfrage öffentlich ansprechen werde.

Nadolnys Erklärung.

Deutschland fordert Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß. Genf, 19. April.

Die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz begannen nach einer mehrstündigen Unterbrechung am Montag im Hauptsaal mit der Ausdehnung über die grundsätzlichen Fragen der Rüstungsbeschränkung, und zwar erhielt die endgültige Herabsetzung der Rüstungen in einem einzigen Abkommen, zweitens über die Herabsetzung auf ein Mindestmaß und drittens über eine siebenjährige Herabsetzung. Jeder dieser für die weiteren Verhandlungen entscheidenden Fragen wird jetzt der Hauptausfluß Stellung nehmen. Reichsanwalt Dr. Brüning und Staatssekretär Altomir nahmen an der Sitzung nicht teil. Als erster Redner gab

Dolfschafter Nadolny folgende zusammenfassende Darstellung der deutschen Abrüstungspolitik:

„Der Grundgedanke der Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß ist bereits in den deutschen Abrüstungsverordnungen ausgesprochen worden unter Hinweis auf die vor Deutschland bereits erfolgte Entwaflung. Die deutsche Regierung hat in ihren Vorschlägen die besten Methoden zur Erreichung dieses Zieltes dargestellt. Die deutsche Ehepflicht liegt auf zwei Punkten:

„In der gegenwärtigen Lage muß sich ein einseitiger Vorrang der Größe in der Richtung der Herabsetzung der Rüstungen gemacht werden. Seit Jahren haben die Vertreter Deutschlands nicht aufgehört, in der Völkerversammlung und im Vorbereitungsausschuß zu erklären, daß eine bedeutungslose Abrüstung oder eine Scheinabrüstung oder auch eine Stabilisierung der Rüstungen auf augenblicklicher Höhe, in keiner Weise als eine Durchführung der Aufgaben der gegenwärtigen Konferenz angesehen werden kann. Eine derartige Lösung würde im Gegensatz zu dem Geiste und Buchstaben des Artikels 8 des Völkerverbundspaktes liegen. Die Herabsetzung der Rüstungen kann selbstverständlich nicht in einer mechanischen Weise auf Staaten angewandt werden, die aus irgendwelchen Gründen eine Abrüstung besitzen, die nicht einmal das im Artikel 8 des Völkerverbundspaktes festgelegte Mindestmaß erreicht.“

Wenn man die Höhe der Rüstungen der einzelnen Staaten festsetzt, so muß selbstverständlich der besondere Lage der Länder Rechnung getragen werden. Dennoch bleibt der Grundsatz der Herabsetzung der Rüstungen unumändert bestehen.
Der von der deutschen Abordnung vorgelegte Text für den Artikel 1 des Zusatzprotokolls entspricht den Bestimmungen des Artikels 8 des Paktes. Am Geiste des Völkerverbundspaktes wird die Herabsetzung der Rüstungen jetzt eine entscheidende und bedeutungsvolle Herabsetzung sein. Die außerordentliche Finanzkrise der Gegenwart wäre allem schon ein hinreichender Grund, um alle Kräfte in der Richtung einer wesentlichen Herabsetzung des allgemeinen Rüstungsstandes einzuparieren. Wenn einigmal ein Staat kann die Verantwortung auf sich nehmen, der allgemeinen Herabsetzung Schwierigkeiten in dem Weg zu stellen und seine eigenen Rüstungen der allgemeinen Herabsetzung zu unterlegen, nach Auffassung einzelner Abordnungen kann

GRATIS - 247 wertvolle
Rezepte! Für jede Hausfrau
das **SANELLA** KOCHBUCH

Sanella

MARGARINE

Über alle deutschen Sender:
Jeden Freitag vormittag
Sanne und Ella
plaudern im Radio

SCHREIBEN SIE AN: MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABTEILUNG KOCHBUCH, BERLIN C2, BURGSTR. 24

RUHE! Der Sender läuft!

Wie ein drahtloses Hörspiel entsteht

von Ludwig Kapeller, Chefredakteur der Funkzeitung „Sieben Tage“

Das also ist das Haus, aus dem jeden Tag eine Sintflut schöner, interessanter, enfler und helterer Töne über Millionen Menschen fliegt. Das Funkhaus! Es ist wie in einem neuzeitlichen Großbetrieb: lange, feine Gänge und viele Türen, unendlich viele Türen. Aber die wenigsten laden zum Eintritt. „Anmeldung dort!“, mit dieser Bezeichnung wird der Besucher von Tür zu Tür vertrieben, und neben der Anmeldung liegt gleich das Wartezimmer. Am Anfang aller Dinge steht immer das Warten. . . .

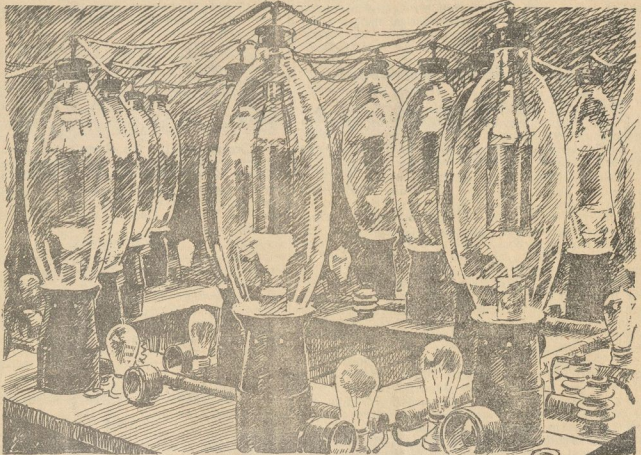
Eigentümlich hatte man gedacht, da würde ein freundliche Herr sehr mit der Stimme, die man jeden Tag aus dem Lautsprecher hört, und wenn man ihm sagt, daß man ein Hörspiel für den Rundfunk geschrieben, würde er einem das Manuskript aus den Händen reißen und in den Senderraum bringen, um gleich mit den Proben anzufangen. Aber der Weg vom Schreibtisch des Dichters bis zum Ohr des Hörers ist viel weiter und unendlich länger.

Wie sieht alles in der Welt, so ist auch der Rundfunk in „Reflexen“ eingeteilt: das Manuskript wandert zunächst in die dramaturgische Abteilung; da wird es auf seine Eignung geprüft; ob es künstlerische Qualitäten hat, ob es spannend und der Stoff wirksam ist, und — die Hauptfrage — ob es „mikrofongeeignet“ ist. Denn die am Lautsprecher hören nur und können nicht sehen. Und alles, was man sagen, zeigen und darstellen will, muß vorher ausgedrückt sein. „Man müßte ein bißchen Müßel unterlegen!“ sagt

der Dramaturg und gibt das Wort an die Abteilung für Sendespiele weiter. Da sitzen die Regisseure, haben Bedenken, Nebenbeurteilungen und neue Vorschläge. Aber eines Tages fahrt der Intendant: „Das Stück gefällt mir! Wir wollen es bringen!“

Und in der Regie-Ergebnisse, in denen die Wochens-Programme besprochen und festgelegt werden, taucht immer wieder der Vorschlag auf, das Hörspiel zu senden. Aber am Donnerstag geht es nicht, da muß eine Oper übertragen werden; am Freitag ist eine wichtige Oberst-Hierarchie, und am Sonnabend wollen die Götter Feiern. „Und wie wäre am Sonntag?“ — „Nein!“ schreit die Aktuelle Abteilung. „Den Abend brauchen wir für die Rundgebung der Künstler im Herrenhaus!“

In der folgenden Woche wiederholt sich der Kampf um die Abende: einmal „Garcíasillo's Konzert“, das man übernehmen muß aus Verantwortungen, dann eine „Reichs-Sendung“, der sich alle anschließen, die Übertragung eines bedeutenden Konzerts, und zuletzt trampelt der Opern-Leiter auf: „Wir haben schon vier Wochen lang keine Operette gebracht! Ich muß am Mittwoch, Sonntag . . .“, und er malt die Enttäuschung der Hörer in schrecklichen Farben. Am Ende stellt sich heraus, daß im Rahmen des internationalen Programm-„Kontaktes“ Amerika eine große Veranstaltung angekündigt hat, die für Deutschland bestimmt ist und deshalb über den Ozean geschickt wird. Endlich, endlich ist es soweit: das Hörspiel wird angelegt — vier Wochen



Die Sende-Röhren, die es ermöglichen, heute Antennen-Leistungen von Hunderten von Kilowatt zu erzeugen. In ihrem Aufbau gleichen sie den Verstärker-Röhren in unsern Empfangsgeräten.

vor seiner Sendung. Und man beginnt die Vorbereitungen: ein Kompositum wird beschriftet, die Regie-Muster zu schreiben; die Rollen werden besetzt; ein Dutzend Schauspielere angearbeitet; der kann nicht an diesem Tag, jener hat wahrscheinlich Filmaufnahmen, ein dritter ist mit dem angebotenen Honorar nicht zufrieden, und ein vierter erfüllt, in einer so unbedeutenden Rolle nicht spielen zu wollen. Nach vielen verweirten Hin und Her kommt die erste Probe zustande; es geht alles herrlich, bis einmal der Regisseur das Mikrofon aufstellt, in den Senderraum nachschaut und „ahh“, wie dem

weißen Marmorblock die Hörspiele gefallen. Und da entdeckt er entsetzt, daß zwei Stimmen, die in Wirklichkeit deutlich verschieden sind, beim Abhören über das Mikrofon ununterscheidbar ineinanderfließen. Die Stimmen sind aber im Hörspiel einziges „Rein“, einäugige „Masse“; also müssen die Rollen umbesetzt werden.

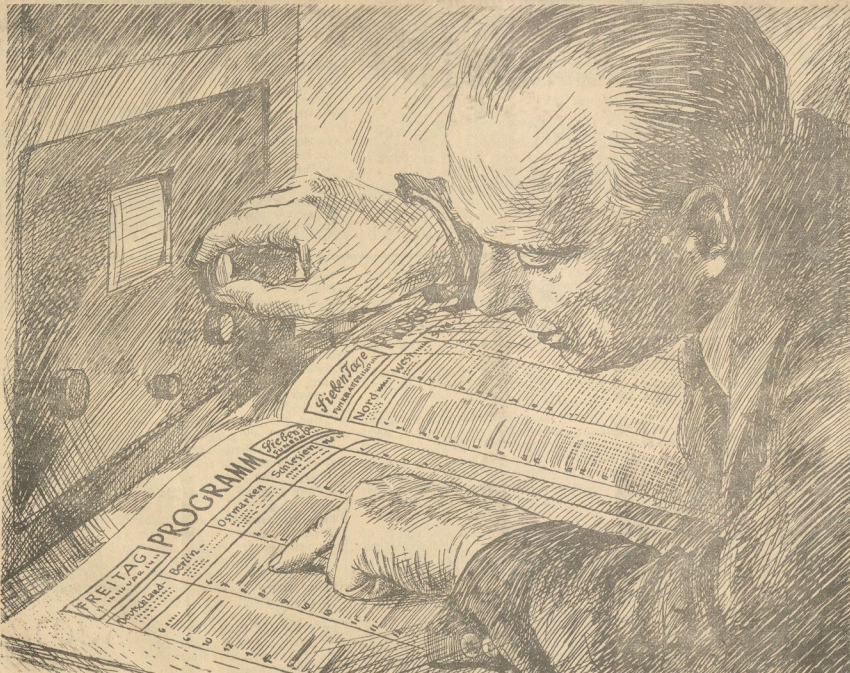
Bei einer der nächsten Proben neue Schwierigkeiten: Der Dichter verlangt, daß man das Vertikal von Eisbergen hören solle. . . ! Hörspiele und Regisseure läuft der Schweiß von den Stirnen; denn der Senderraum ist überall schalllos abge-

schlossen, damit kein fremdes Geräusch die Sendung fälscht. Und wenn man vom Nordpol einen Eisberg besonders hierher verfrachtet: in der Höhe des Senderraums würde er in wenigen Minuten schmelzen. . . . Aber er muß dröhnend bersten, der gedörrte Eisberg! Es gibt hundert piezoelektrische Apparate, die alle denkbaren Geräusche erzeugen: Hundstuhls-Hörner und Auto-Bumpen, Röhren-Ölecken und Strohhalm - Klingeln, Flugzeug-Propeller und Schiffs-Gelecke, Wind-Maschinen und Regen-Trommeln. Aber, keine dieser „atmosphärischen Kulissen“ drückt wie ein berstender Eisberg. Und alles Versuchen und Probieren ist umsonst; bis einer zufällig sich erinnert: er hat einmal einen Heber gehört, der vor dem Mikrofon mit seinem Manuskript fälschert, und das klang genau. . . . Man holt Pergament-Papier, faltet es und fälschert damit vor dem Marmorblock und — dröhnend bersten ganze Herden von Eisbergen im Lautsprecher. . . .

Und eines Abends stehen sie im Senderraum, rings um das Mikrofon, gespannt wie vor einer Bühnen-Prämie, die Text-Bücher in den Händen, und der Regisseur hebt eindringlich machend den Finger an die Lippen, und rings an den Wänden und über den Türen leuchten rote Buchstaben auf: „Aussel Der Sender läuft. . . !“ Und eine Stimme taucht auf, scheint den weißen Marmorblock des Mikrofons beschwören zu wollen: „Meine Damen und Herren! Wir senden Ihnen jetzt ein Hörspiel. . . .“

Die Männer und die Frauen, die Kinder und die Greise, rund zehn Millionen Menschen in Deutschland — fast vier Millionen Haushalte haben Rundfunk — in lauten Großstädten und stillen Dörfern, sie sitzen vor ihren Lautsprechern und haben die Funktion vor sich. Und einer fragt, halb neugierig und halb gelangweilt: „Was ist denn das heute abend?“

Dann überfliegen sie mit einem Blick die Fülle, die zu jeder Stunde die deutschen Sender bieten, und irgendwo bleibt der gleitende Finger hängen: Der Groß-Sender Mühlacker bringt ein Hörspiel, und der Deutschland-Sender übernimmt es. . . . Und sie wenden das Blatt, finden das Bildnis des Dichters und einen Inhalte-Zinnstein, und dann drehen sie an den Abstimm-Schrauben, bis der Sender eingestellt ist, und aus dem Lautsprecher fließt, aus unvorstellbaren Fernen, die Stimme: „Meine Damen und Herren! Wir senden Ihnen jetzt ein Hörspiel. . . .“



Ein Blick in die Funk-Zeitung, eine Drehung am Abstimm-Knopf, und im Lautsprecher klingt es auf: „Meine Damen und Herren, Sie hören jetzt. . .“

Jeder Geschäftsmann sollte beachten, daß gerade wirtschaftlich schwere Zeiten erhöhte Werbung erfordern. Werben Sie durch Inserate in dieser Zeitung.



Neues Anzeiger

Genf kommt nicht weiter

Die Genfer Beratungen der feindlichen Staatsmänner scheinen nicht gerade unter einem glücklichen Stern zu stehen. Kaum hatten die persönlichen Besprechungen mit der Unterredung Brüning-Simon ihren Anfang genommen, da trat auch schon die erste Störung ein. Der amerikanische Staatssekretär wurde krank, und zwar anscheinend wirklich und nicht etwa nur diplomatisch, so daß er die Besprechungen mit den übrigen Staatsmännern erst am Dienstag vorziehen konnte. Andererseits wird die Abmilderung der Genfer Ministerzusammenkunft durch die Abwesenheit des französischen Ministerpräsidenten bedeutend erschwert. Sieht man die Verhandlungen ohne Tardieu fort, so kann man bei der Ueberempfindlichkeit der Franzosen zehn gegen eins betonen, daß die Pariser Presse sofort von einer bewußten Aussetzung Frankreichs oder gar von einem Komploit gegen Frankreich phantasierten wird. Diesen Vorwurf wollen sich die Verhandlungsparteien nicht ausliefern und verständlich deshalb zunächst auf Besprechungen zu mehreren und begnügen sich mit Einzelaussprachen. Andererseits macht Tardieu aber gar keine Anstalten, in den nächsten Tagen nach Genf zu kommen. Ursprünglich wurde er hier für Dienstagmorgen und dann für Mittwochmorgen erwartet, neuerdings soll er die Genfer Reise noch weiter hinausgeschoben haben. Als Entschädigung für die verpönte Ankunft hat Tardieu die bevorstehenden Kammerwahlen angefügt, doch dieser Grund ist kaum als stichhaltig anzupreisen, denn die französischen Wahlen finden erst am 1. Mai statt, der französische Ministerpräsident hätte also keine Wahlkampagne ganz richtig einige Tage unterbrechen können, zumal seine Anwesenheit bei den Besprechungen mit Simon und Brüning nicht notwendig ist als eine Maßnahme in Betracht. Zudem wird der französische Ministerpräsident schon oft wegen viel unwichtiger Dinge im Flugzeug nach Genf gekommen.

Man kann sich aus allen diesen Gründen des Eindrucks nicht erwehren, daß Tardieu mit keinem Fernbleiben von Genf ganz bestimmte Absichten verfolgt. Die Vorgänge im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz lassen diese Vermutung zweifellos berechtigt erscheinen. In diesen Tagen hat man in Genf endlich mit der praktischen Arbeit beginnen müssen, nachdem man sätelung un das Thema herangerechnet hat. Jetzt sollte es sich entscheiden, in welcher Form die Abrüstung durchgeführt werden soll. Es handelt sich darum, ob das Ziel in einer einzigen Konferenz, oder in Gruppen verwirklicht werden soll. Auf Veranlassung der Tschechen entschloß sich der Sonderauschuß für die etappenweise Abrüstung, der auch die deutliche Abordnung ihre Zustimmung geben konnte, zumal in der Entscheidung zum Ausdruck gebracht wurde, daß in der ersten Etappe das Prinzip der allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen als das verbindlichste Maß bereits entscheidenden Ausdruck finden soll. Damit hatte die Abrüstungskonferenz den ersten wirklich praktischen Beschluß von größter politischer Tragweite gefaßt.

Merkwürdigerweise kam dieser Beschluß im Sonderauschuß einstimmig und ohne große Schwierigkeiten zustande. Das müßte schon verdächtig klingen, denn bisher hat nach jedermal die französische Seite rechtzeitig eingegriffen, um ein politisches Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen zu vereiteln. Auch diesmal blieb der französische Gegenstoß nicht aus. Zwar hatte sich die französische Abordnung selbst im Hintergrund gehalten, damit nicht das Thema der Abrüstungsabstimmung etwa auf das „flehlichende Frankreich“ fallen könnte, und hatte den rüstigen Vertreter als Vorbereiter vorgeführt, der den alten Vorbericht wieder geltend machte, daß die geplante Herabsetzung der Rüstungen nur unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit durchgeführt werden darf. Damit war die tatsächliche Bedeutung der Abrüstungskonferenz illusorisch gemacht, Frankreich hatte sein Ziel erreicht, ohne daß Tardieu sich selbst nach Genf bemüht hätte.

Auch die zweite große Frage, mit der sich die Staatsmänner in Genf beschäftigen wollen, wird durch die Abwesenheit Tardieus nicht ausführlich behandelt werden können. Die französische Regierung weiß ganz genau, daß man in den angrenzenden Staaten von einer Wiedererrücknahme der Tributzahlung nichts wissen will. Gerade jetzt hat der ehemalige englische Außenminister Sir Austen Chamberlain im „Zeit-Verkehr“ einen Artikel zur Tributfrage veröffentlicht, in dem er die Gründe darlegt, weshalb Amerika und England die volle Streichung der Tribute wünschen. Chamberlain vertritt darin die richtige Auffassung, daß diese Zahlungen, die an und für sich unerschöpfbar seien, die Welt in zwei Lager spalteten und den Handel derjenigen Länder zugrunde richteten, die diese Zahlungen erlitten. Zu dieser Erkenntnis haben sich die Franzosen in ihrem

Stimmkreis allerdings nicht durchringen können. Sie beharren auf ihrem Scherz und verlangen die Aufrechterhaltung ihres „Reparationsanspruchs“. Deshalb geht auch Tardieu jeder ernstlichen Aussprache mit Simon und dem englischen Außenminister Simon aus dem Wege und legt keine Wahlteile durch die französischen Beamten fort, gerade als ob ihn die Genfer Ministerzusammenkunft gar nichts angehe. Vielleicht rechnet er im stillen sogar damit, daß die Staatsmänner in Genf schließlich die Geduld verlieren und die Völkerverbundsstadt wieder verlassen, ohne sich über die weitere Entwicklung der Tributfrage schlüssig geworden zu sein. Es bleibt abzuwarten, ob man sich in Genf diese höchstschlechte Behandlung durch die Franzosen gefallen lassen wird.

Schließlich ist man auch in der Donaufrage bisher keinen Schritt vorwärts gekommen. Zwischen den vier Mächten sind jetzt erneut Verhandlungen über den endgültigen Zulassungsvertrag der auf der Londoner Konferenz und vom Völkerverbund beschlossenen Sachverhaltsänderung zur Behandlung der Donaufrage im Gange. Auf englischer Seite wird ein Zulassungsvertrag der Sachverhaltsänderung, die am 13. April ihre Arbeiten aufnehmen sollten, in Lugano gemacht, während das Völkerverbundstribunat und die übrigen Mächte die Abhaltung in Genf für zweckmäßiger halten. Man nimmt an, daß sich die Sachverhaltsänderung in erster Linie mit rein finanziellen Fragen, insbesondere mit den internationalen Garantien der Anleihen für die Donaukanalen befassen, daß jedoch die wirtschaftspolitischen Fragen zunächst im Rahmen der im Gange befindlichen Unterredungen in Genf weiter geklärt werden. Von einer wirklichen Abklärung der Donaufrage sind wir demnach noch weit entfernt.

Ausdehnung des Kreuzerkredits

Bestehungsprämien für Privatperlonen. Stockholm, 19. April.

Der Londoner „Evening Standard“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Unterhandlung der Kreuzer-Angelegenheit wahrscheinlich noch ansehenerregende Entwicklungen über den Abbruch der Streichholzmongole Kreuzers mit verschiedenen Staaten bringen werde. Es handelt sich dabei um Prämienzahlungen Kreuzers an einflussreiche Privatperlonen, die den Abbruch der Monopolverträge in den betreffenden Staaten begünstigt haben sollen.

Die Abendpresse bringt eine Meldung, wonach der frühere König von Spanien in kategorisch erklärt, niemals Prämienzahlungen zu machen. Der Kreuzer gehalt zu haben. Die Meldung von „Sozialdemokraten“, daß der Kreuzers Geldbetrag eine von König Alfonso unterschriebene Quittung über fünf Millionen Beleten gefunden worden sei, hat fernelei amtliche Bestätigung gefunden.

Halte Morgan Verdacht geschloß?

Die schwebenden Verhandlungen beruhen in großer Aufmachung aus London, daß die Morgangruppe schon vor einiger Zeit die schwache Stellung des Kreuzers-Kongress kannte und wegen Kursverlustes einen Schadenerlös in Höhe von 10 Millionen Dollar forderte, da Kreuzer nicht instande war, den vertraglich festgelegten Aktienkauf von 800 000 £. M. Geilow-Aktien mit 400 000 International Telefon-Aktien durchzuführen.

Nach derselben Londoner Meldung wollte Morgan die Abreise Kreuzers aus Neapoli verhindern und unterrichtete sogar die Polizeibehörden über die betrügerische Aktion von Kreuzer.

Schließlich gliedert es die beiden, die notwendigen Geldmittel aufzubringen. Das Bankhaus Der Högblom u. Co war jedoch inzwischen so misstrauisch geworden, daß man Direktor Durant mit Kreuzer nach Europa schickte, um an der Pariser Konferenz teilzunehmen. Vor dieser Konferenz nahm Kreuzer sich bestimmt das Leben.

Italien habe Kreuzers Angebot abgelehnt.

Amlich wird zu den Rüstungen mitgeteilt, daß Kreuzer Ende 1930 der italienischen Regierung mittelbare Vorbereitungen für eine gegen ein Streichholzmongole in gewünschte Abreise gemacht habe. Die italienische Regierung habe dieses Angebot jedoch schriftlich abgelehnt. Zwischen der italienischen Regierung und Kreuzer hätten keine geschäftlichen Beziehungen bestanden.

Die französischen Kreuzer-Derluste.

Der „Antirancongeant“ beschäftigt sich mit der Frage der Rückwirkungen des Kreuzer-Kraus auf Frankreich. Die besonders in der ausländischen Presse verbreiteten Gerüchte über die Verpflichtungen des Kreuzer-Kongress gegenüber französischen Banken seien außerordentlich übertrieben. Die Gesamtsumme der Verpflichtungen könne auf etwa 500 Millionen Franken geschätzt werden. Etwa die Hälfte dieses Betrages müßte als verloren gelten.

Appell Mellons an Europa

Schuldenregelung erst nach der Lösung der Tribut- und der Abrüstungsfrage. — London, 19. April.

Der neue amerikanische Botschafter in London Mellon hat, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erfährt, in Unterredungen mit führenden Männern Englands keinen Anzeiel darüber gefaßt, daß es wünschenswert, wenn nicht gar überhaupt verhängnisvoll für die europäischen Schuldner Amerikas wäre, in diesem Augenblick die Frage einer Schuldenerlösis aufzuwerfen. Die amerikanische öffentliche Meinung ist noch so sehr mit dem wirtschaftlichen Niedergang und der Erhöhung der Steuern beschäftigt, als daß sie mit Gleichmut oder etwa gar mit lebhaftem Interesse eine derartige Erörterung aufnehmen könnte.

Sie würde sich vielmehr solange gänzlich ablehnen oder ableiten, bis Europa die Reparationsfrage selbst nachgeben und wirtschaftlichen Richtlinien geregelt und keine Beivwilligkeit gezeigt habe, hinsichtlich der Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen praktische Maßnahmen zu ergreifen. Es sei daher nicht damit zu rechnen, daß Stimor während seines Amtsenthaltes in Europa die Resolution der Schuldenfrage öffentlich anerkennen werde.

Nadolnys Erklärung.

Deutschland fordert Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß. Genf, 19. April.

Die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz begannen nach einer mehrstägigen Unterredung am Montag im Hauptauschuß mit der Aussprache über die grundsätzlichen Fragen der Rüstungsverminderung, und zwar erliest über die endgültige Herabsetzung der Rüstungen in einem einzigen Abkommen, zweitens über die Herabsetzung auf ein Mindestmaß, und drittens über eine stufenweise Herabsetzung. Ueber diese für die weiteren Verhandlungen entscheidenden Fragen wird jetzt der Hauptauschuß Stellung nehmen. Reichsanzeiger Dr. Brüning und Staatssekretär Stimor nahmen an der Sitzung teil. Als erster Redner gab

Botschafter Nadolin

folgende zusammenfassende Darstellung der deutschen Abrüstungspolitik:

„Der Grundgedanke der Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß ist bereits in den deutschen Abrüstungsverschlüssen ausgeführt worden unter Hinweis auf die vor dem Deutschen Reich bereits erfüllte Entnahmung. Die deutsche Regierung hat in ihren Vorschlägen die besten Methoden zur Erreichung dieses Zieles vorgelegt. Die deutsche These läuft sich auf zwei Punkte:

1. In der gegenwärtigen Lage muß jetzt ein Entschieden der Schritt in der Richtung der Herabsetzung der Rüstungen gemacht werden. Seit Jahren haben die Vertreter Deutschlands nicht aufgehört, in der Völkerkonferenz und im Vorbereitungsausschuß der Abrüstungskonferenz über eine Schein- oder eine Scheinherabsetzung der Rüstungen anzufragen, die sich als eine Durchführung einer Konferenz zur Abrüstung würde in der Artikel 8 des Völkerbundes und den Rüstungen in ähnlicher Weise aus demselben Grund im Artikel 8 des Völkerbundes erreicht.

2. Der einzelnen der beider Seiten der Abrüstungskonferenz die Herabsetzung der Rüstungen, um alle Kraft- und alle Stellung des allgemeinen Rechts zu stellen und die Herabsetzung zu ordnungen kann



**GRATIS - 247 wertvolle
Rezepte! Für jede Hausfrau
das SANELLA KOCHBUCH**



SCHREIBEN SIE AN: MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABTEILUNG KOCHBUCH, BERLIN C2, BURGSTR. 24

Über alle deutschen Sender:
Jeden Freitag vormittag
Sanne und Ella
plaudern im Radio

